



**BUNDESGESELLSCHAFT  
FÜR ENDLAGERUNG**

Eschenstraße 55  
31224 Peine

www.bge.de  
**Ansprechpartner**

Mein Zeichen

**Datum und Zeichen Ihres Schreibens**

06.08.2021

**Datum** 11. November 2021

## Stellungnahme des Landkreises Leer

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

vielen Dank für Ihre Stellungnahme zum Zwischenbericht Teilgebiete vom 6. August 2021. Für uns sind regionale Hinweise grundsätzlich sehr hilfreich für die weitere Eingrenzung der Teilgebiete hin zum Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für die Errichtung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle.

Wir nehmen Ihre Hinweise und Anmerkungen deshalb gerne auf und freuen uns auf die Übermittlung des bereits angekündigten Gutachtens.

Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen.

- 1. Erfolgt formal eine direkte Beteiligung/Ansprache der Kommunen/Landkreise durch die BGE? Wird also aktiv und außerhalb der Fachkonferenzen auf die Kommunen zugegangen? Wenn ja, wann und auf welche Wege ist das vorgesehen?*

Die BGE hat den Anspruch, ihre Arbeit möglichst transparent und nachvollziehbar darzustellen. Wir werden uns daher weiterhin darum bemühen, Kommunen, andere Institutionen und Bürger\*innen auf dem Weg des Standortauswahlverfahrens mitzunehmen. Dies kann beispielsweise sowohl über direkte Anschreiben an in Teilgebieten liegende Kommunen erfolgen als auch über die kommunalen Spitzenverbände. Sofern Sie diesbezügliche Wünsche oder Vorschläge haben freuen wir uns über entsprechende Hinweise.

Ganz konkret werden wir unter anderen auch die Kommunen und Landkreise im Vorfeld der Vorstellung und Diskussion der Methodik für die repräsentativen vorläufigen

...

**Bundes-Gesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)**

**Sitz der Gesellschaft:** Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)

**Geschäftsführung:** [REDACTED]

**Kontoverbindung:** Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg – IBAN DE57 2699 1066 7220 2270 00, BIC GENODEF1WOB

**USt-Id.Nr.** DE 308282389, **Steuernummer** 38/210/05728



Sicherheitsuntersuchungen ansprechen, um auf die entsprechenden Informationsveranstaltungen im Frühjahr 2022 hinzuweisen.

Zudem wird die BGE abseits der im Standortauswahlgesetz festgelegten Beteiligungsformate weiterhin mit informellen Formaten, wie z. B. digitalen Veranstaltungsangeboten, möglichst transparent und umfassend informieren.

Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren ist das Bundesamt für die Sicherheit der kerntechnischen Entsorgung (BASE). Eine formale Beteiligung von Kommunen durch die BGE ist im Standortauswahlgesetz nicht vorgesehen, vielmehr erfolgt die Beteiligung im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Formate.

- 2. Bei den Landkreisen liegen zu vielen Themenbereichen weitere oder andere Informationen/digitale Daten vor als bei den Landesbehörden. Wie und wann können diese Informationen in das Verfahren eingebracht werden?*

Das Standortauswahlverfahren ist ein Verfahren, in dem sich die Detailtiefe von Schritt zu Schritt und von Phase zu Phase steigert. Der Zwischenbericht Teilgebiete stellt dabei einen ersten Meilenstein dar, in dem es zunächst einmal darum ging, in einer ersten Datenauswertung auf einem noch sehr abstrakten Niveau Teilgebiete zu identifizieren. Hierzu hat die BGE im Zuge der im Jahr 2017 gestarteten Datenabfragen umfangreiche Datenbestände von den Geologischen Landesdiensten, der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) sowie rund weiteren 50 Behörden erhalten und ausgewertet. Für nachfolgende Schritte und Phasen sieht das Verfahren vor, dass für die im Verfahren verbleibenden Gebiete neue Daten abgefragt, erhoben, ausgewertet und bewertet werden.

Abseits dessen bieten wir auf unserer Webseite eine Hinweis-Plattform an, mit Hilfe derer Erkenntnisse, fachliche Hinweise, Dokumente und Daten zu Teilgebieten an uns übermitteln werden können: <https://www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/hinweisplattform/>.

- 3. Die Verwendung von Referenzdaten, wie sie im Zwischenbericht aufgenommen sind, wird als problematisch angesehen, weil dieser Begriff genannt wird, sobald keine konkreten Daten vorliegen. Sachgerecht wäre stattdessen „keine Angaben“ zu vermerken, insbesondere da im Zwischenbericht Teilgebiete sogar in der Bewertung des Wirtsgesteins Tongestein bei von 11 Kriterien dieses zum Tragen kommt. Damit wird die Bewertung von Flächen verfälschend dargestellt. Wie will die BGE sicherstellen, dass eine tatsächliche Bewertung und Vergleichbarkeit mit anderen Teilgebieten nachvollziehbar möglich ist?*



Im Ergebnis der Datensichtung im ersten Schritt der Phase I zeigte sich, dass für die Anwendung in dieser frühen Phase des Standortauswahlverfahrens – wie erwartet – nur zum Teil gebietsspezifische Daten vorliegen. Die Referenzdatensätze kamen immer dann zum Einsatz, sofern für ein Gebiet keine ortsspezifischen Daten vorlagen. Im weiteren Verfahren werden diese Referenzdatensätze in den betroffenen Gebieten nach und nach durch ortsspezifische Daten ersetzt. Die Referenzdatensätze ermöglichen es uns somit, keine möglicherweise geeigneten Gebiete aufgrund von unzureichenden Kenntnissen der örtlichen Geologie vorzeitig aus dem Verfahren auszuschließen – auch wenn wir damit die Zahl und die Fläche der möglicherweise geeigneten Gebiete überschätzen.

4. *Wie wird die Verbindlichkeit des Verfahrens sichergestellt?*

Die Basis für die aktuelle Suche nach dem bestmöglichen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle ist das im Jahr 2017 novellierte Standortauswahlgesetz (StandAG, Gesetz im Internet: [https://www.gesetze-im-internet.de/standag\\_2017/BJNR107410017.html](https://www.gesetze-im-internet.de/standag_2017/BJNR107410017.html)). Die Verbindlichkeit des Standortauswahlverfahrens ist somit durch die gesetzlichen Anforderungen und Kriterien gegeben. Die BGE liefert als Vorhabenträgerin wissenschaftlich fundierte Vorschläge, die von der Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), begutachtet und anschließend über Gesetze des Bundesgesetzgebers normiert werden. Hinzu kommt die umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit.

5. *Wie ist der formalrechtliche Charakter der Fachkonferenzen und der Regionalkonferenzen? Wie ist sichergestellt, dass die Aussagen/Hinweise etc. die dort formuliert werden, Eingang in den weiteren Prozess finden?*

Gemäß § 9 Abs. 2 StandAG ist die BGE als Vorhabenträgerin im Standortauswahlverfahren verpflichtet, die Beratungsergebnisse der Fachkonferenz Teilgebiete bei ihrem Vorschlag für die Standortregionen zu berücksichtigen. Nach Abschluss des dritten Termins der Fachkonferenz Teilgebiete hat die BGE die Ergebnisse – festgehalten in 22 Ordnern und auf einer Festplatte – am 7. September 2021 entgegengenommen. Die BGE wird die Anregungen und Hinweise prüfen und im weiteren Verlauf des Standortauswahlverfahrens berücksichtigen. Zum zweiten Teil Ihrer Frage bieten wir voraussichtlich Anfang Dezember eine Online-Veranstaltung an, welche detaillierter erläutert, wie die Aussagen und Hinweise aus der Fachkonferenz bearbeitet und nachvollziehbar berücksichtigt werden. Diese wird in den kommenden Wochen unter [www.bge.de/veranstaltungen](http://www.bge.de/veranstaltungen) angekündigt.



Im weiteren Verfahren richtet das BASE nach Vorlage des Berichtes über die Standortregionen Regionalkonferenzen ein. Gemäß § 10 StandAG können Regionalkonferenzen beispielsweise Stellungnahmen abgeben, Nachprüfaufträge anfordern oder wissenschaftliche Beratung einholen.

- 6. Wie wird die gleichwertige Betrachtung/Bewertung der Gebiete sichergestellt, wenn unterschiedliche Datengrundlagen in den Prozess eingebracht werden? Es liegen im Ergebnis nicht überall vergleichbare Daten vor.*

An dieser Stelle verweisen wir auf unsere Antwort zu Ihrer Frage 3. Der Gesetzgeber fordert von der BGE im Standortauswahlverfahren eine objektive Bewertung der geologischen Gegebenheiten. Wie bereits beschrieben hat die BGE aufgrund der heterogenen Qualität und Verteilung der geologischen Daten auf Referenzdatensätze zurückgegriffen. Diese Annahmen werden im weiteren Verfahren weiter spezifiziert und durch gebietsspezifische Daten ersetzt. So wird die BGE z. B. bereits in Schritt 2 der Phase I konkretisierte gebietsspezifische Datenabfragen bei den Bundes- und Landesbehörden anstoßen und bereits vorhandene Daten, die der BGE im Zuge der Datenabfragen zu den Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien übermittelt wurden, detaillierter heranziehen. Später kommen die Ergebnisse der über- und untertägigen Erkundung von Standorten hinzu. Im Rahmen von Phasen II und III des Standortauswahlverfahrens werden mehrere Standorte über- und untertägig erkundet. Zu diesem Zeitpunkt wird für alle verbliebenen Standorte im Verfahren eine vergleichbare Datenlage hergestellt.

- 7. Die Methodik der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien ist „noch im Fluss“. Hierzu fanden bereits Themen-Arbeitsgruppen statt. In welchem Rahmen erfolgt die weitere Diskussion und Festlegung der Abwägungskriterien? Auch hier gibt es sehr unterschiedliche Positionen, welche Kriterien zum Tragen kommen sollen angesichts des Zeitraums von 1 Million Jahren.*

Die BGE entwickelt derzeit eine Methode zur Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Diese wird voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres öffentlich vorgestellt. Wie bereits im ersten Schritt der Phase I bei den Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien, sollen auch die Anwendungsmethoden zu den planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.

Die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien selbst sind in Anlage 12 (zu § 25) StandAG gesetzlich vorgegeben und definiert.



Wir freuen uns, wenn wir – ein entsprechendes Interesse vorausgesetzt – unsere Arbeit in Veranstaltungen vor Ort vorstellen und diskutieren können, beispielsweise im Rahmen kommunaler Gremiensitzungen. Sollten Sie daran Interesse haben, teilen Sie uns dies gerne mit, am besten verknüpft mit einem konkreten Terminwunsch. Wir prüfen dann unsere Verfügbarkeit und werden Ihnen gerne Rede und Antwort stehen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Anmerkungen oder Fragen zum Verfahren zur Verfügung. Wir freuen uns, wenn Sie uns auf unserem Weg auch weiterhin kritisch begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

